

Presseinformation 19. August 2022

Handwerk: Staat darf kleine und mittlere Betriebe nicht vergessen – Wirtschaftslage allgemein von Minusgeschäft geprägt

Melsdorf – Auf der Mitgliederversammlung seines Verbandes Handwerk Schleswig-Holstein e.V. hat Präsident Thorsten Freiberg die Energiepolitik der Bundesregierung scharf kritisiert. „Unsere Handwerksbetriebe fallen leider durch das Raster des jüngst in Kraft getretenen Energiekostendämpfungsprogramms der Bundesregierung, welches Unternehmen aufgrund der explodierenden Energiekosten unterstützen soll. Unsere Branchen merken sehr deutlich, dass die Kunden anfangen, ihr Geld zusammenzuhalten“, so Freiberg.

Das Unterstützungsprogramm greife für das Handwerk viel zu kurz bis gar nicht, sagte Freiberg weiter: Insbesondere die an den Klima-, Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien (KUEBL) orientierten Antragsvoraussetzungen seien weder sachgerecht, noch realitätsnah. „Es bedeutet in der Praxis, dass leider nur wenige Handwerksbetriebe antragsberechtigt sein werden“, kritisiert Freiberg. „Genau deswegen benötigen die von den überbordenden Gas- und Energiepreisen betroffenen Handwerksbetriebe nun geeignete Härtefallhilfen.“

Aktuell sei die Lage für sehr viele Handwerksbetriebe nicht nur wegen der Energiekrise äußerst schwierig. Die Unternehmen und Betriebe im Handwerk seien zum Teil stark verunsichert durch die Lage insgesamt, speziell durch die Materialknappheit, exorbitante Preissteigerungen und die Inflation. „In einer solchen Lage verlässlich Kostenkalkulationen zu machen, das ist schwierig. Wir können diese Kosten nicht in der gleichen Höhe, wie sie bei uns anfallen, an die Kundinnen und Kunden weitergeben. Das alles führt dazu, dass viele Aufträge nur noch als Minusgeschäft zu erfüllen sind, was auf Dauer kein Betrieb aushalten kann.“

Hinzu komme, dass es immer mehr Stornierungen und Auftragsverschiebungen gebe. „Eine Reihe von Betrieben beispielsweise im Hoch- und Tiefbau hat sogar mit kompletten Produktionsausfällen zu kämpfen, weil etwa Stahl oder Bitumen nicht vorhanden sind. Wir haben große Probleme im Kfz-Handwerk, weil viele Fahrzeuge nicht lieferbar sind. All das bringt viele Betriebe an den Rand der Existenz und macht uns im Handwerk immer größere Sorgen.“ Es sei daher „ganz wichtig, dass Bundes- und Landesregierung jetzt handeln, um die betroffenen Handwerksbetriebe zu unterstützen.“

Egal ob Fachkräftemangel, Lieferengpässe oder Preissteigerungen – gleichzeitig wachse der Druck auf das Handwerk, wichtige Transformationsaufgaben umzusetzen. Staatliche Förderinstrumente sollten dabei eigentlich unterstützen. Freiberg: „Doch die angekündigte Reform der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) und der überraschende Förderstopp von Elektroautos zur gewerblichen Nutzung drohen die Handwerksbetriebe und ihre Beschäftigten dagegen weiter auszubremsen. Wir fordern eine nachhaltige und verlässliche Förderpolitik.“

Die kurzfristigen Änderungen der Gebäudförderung habe zum Beispiel für Handwerksbetriebe und Auftraggeber

eine erhebliche Verunsicherung bedeutet. Ohne Not wurde das Vertrauen in Förderangebote beschädigt, die für die Umsetzung der Energiewende wichtig seien.

Gleiches gelte für die Planungen zur Änderung der Förderung von Elektroautos und anderer alternativer Antriebe ab 2023. Der Umweltbonus fördere zurzeit gezielt und unbürokratisch die Anschaffung von gewerblich genutzten Pkw und leichten Transportern mit alternativen Antrieben. Dieses erfolgreiche Förderinstrument ermöglicht damit gerade in unseren Handwerksbetrieben eine klimaneutrale Modernisierung der Fuhrparks.

Getagt hat die Mitgliederversammlung bei REMONDIS in Melsdorf. Ralph Müller-Beck, Leitung kommunales Vertriebsmanagement / Public Affairs, betonte in seiner Begrüßung, wie wichtig es sei, mit dem Handwerk im Gespräch zu sein. „Wir müssen offen miteinander umgehen und die Fragestellungen bei der Entsorgung gemeinsam diskutieren und lösen“, so Müller-Beck. Hier biete REMONDIS Nord sich als kompetenter Ansprechpartner für alle Fragen der Entsorgung und darüber hinaus an.

Für das Handwerk, sagte Thorsten Freiberg, „sind Kreislaufwirtschaft und Chemikalien sowie Umwelt- und Klimamanagement zentrale und wichtige Themen.“ Es gebe eine Vielfalt an Regelungen, die gleichzeitig mit einem erheblichen bürokratischen Aufwand verbunden seien, der seinesgleichen suche. Verpackungsgesetz, Elektro- und Elektronikgerätegesetz, Kreislaufwirtschaftsgesetz und zahlreiche weitere Verordnungen und Vorschriften machten es den Betrieben nicht leicht, stets auf dem Laufenden zu bleiben und unfallfrei durch den Bürokratiedschungel zu kommen. „Dabei liegt es im Urinteresse eines jeden Handwerksbetriebes, klug mit diesen Ressourcen umzugehen – aus Gründen der Nachhaltigkeit, aber auch aus finanziellen Gründen.“

REMONDIS, erläuterte Ralph Müller-Beck, beschäftige 4.000 Menschen im Norden und habe täglich 10.000 Fahrzeuge in Deutschland auf der Straße, „um die Logistikketten am Laufen zu halten“. Von den aktuellen Problemen sei auch REMONDIS stark betroffen, so Müller-Beck, der ebenso wie das Handwerk verlässliche Rahmenbedingungen fordere, um z.B. den Fuhrpark auf Wasserstoff umstellen zu können. „Hier passen Preise und Leistungen momentan noch nicht zusammen.“

Eine CO₂-Steuer auf Abfallverbrennungsanlagen lehnt REMONDIS ab, führte Müller-Beck weiter aus: „Dadurch wird nicht ein Stück mehr recycelt. Es handelt sich dabei um eine reine Kostenverschiebung – der Container für den Handwerker wird damit teurer, und das ohne jede Not.“

Einig waren sich Handwerk Schleswig-Holstein und REMONDIS darin, dass man Hand in Hand weiterhin an Fragen und Herausforderungen der Nachhaltigkeit, Müllvermeidung und Recyclingausbau arbeiten werde.

Bildunterschrift:

Präsident Thorsten Freiberg (links) mit Vize-Präsident Björn Felder und Gastgeber Ralph Müller-Beck. (Foto: Julia Petersen)

Allgemeine Information:

Handwerk Schleswig-Holstein – Vereinigung der Fachverbände und Kreishandwerkerschaften vertritt als Unternehmens- und Arbeitgeberverband die Interessen des freiwillig organisierten Handwerks in Schleswig-Holstein. Mitglieder sind 26 Fachverbände und Landesinnungen vom Baugewerbe bis zur Zahntechnikerinnung sowie zwölf Kreishandwerkerschaften als regionale Organisationen des Handwerks und Geschäftsführungen der Innungen. Die Vereinigung repräsentiert damit rund 8000 Handwerksbetriebe in Schleswig-Holstein.